

Vortrag an den Ministerrat

Gesetzesbeschluss des Salzburger Landtages vom 11. Dezember 2019, mit dem ein Gesetz über die Regelung des Gemeindewesens im Land Salzburg erlassen wird (Salzburger Gemeindeordnung 2019), in der Fassung des Gesetzesbeschlusses des Salzburger Landtages vom 29. Jänner 2020.

Der Landeshauptmann von Salzburg hat im Verfahren nach § 9 F-VG 1948 und § 14 iVm. § 9 F-VG 1948 den im Betreff genannten Gesetzesbeschluss bekannt gegeben.

Die für die Erhebung eines Einspruchs offen stehende Frist endet am 14. Februar 2020, hinsichtlich der Änderung des Gesetzesbeschlusses hingegen am 1. April 2020.

Der Verfassungsdienst hat mit dem Gesetzesbeschluss das Bundesministerium für Finanzen befasst, welches keine einspruchsbegründenden Bedenken hat.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle beschließen:

Das Bundesministerium für Finanzen wird ermächtigt, an den Landeshauptmann von Salzburg das angeschlossene Schreiben zu richten.

6. Februar 2020

Mag. Gernot Blümel, MBA
Bundesminister

An den
Herrn Landeshauptmann
von Salzburg

Chiemseehof 1
5010 Salzburg

BMF – Abteilung II/3
Post.ii-3@bmf.gv.at

Dr. Eduard Trimmel
Sachbearbeiter

Eduard.Trimmel@bmf.gv.at
+43 1 51433 502086
Johannesgasse 5, 1010 Wien

E-Mail-Antworten bitte unter Anführung der
Geschäftszahl an Post.ii-3@bmf.gv.at.

Geschäftszahl:

Betrifft: Gesetzesbeschluss des Salzburger Landtages vom 11. Dezember 2019, mit dem ein Gesetz über die Regelung des Gemeindewesens im Land Salzburg erlassen wird (Salzburger Gemeindeordnung 2019), in der Fassung des Gesetzesbeschlusses des Salzburger Landtages vom 29. Jänner 2020; Ihre Schreiben vom 12.12.2019 und vom 30.1.2020, jeweils mit der Zl. 20031-GEM/202/239-2019.

Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung am XX.XXXX.XXXX beschlossen, der Kundmachung des im Betreff genannten Gesetzesbeschlusses gemäß § 9 und § 14 iVm. § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 zuzustimmen.

Für den Bundesminister:

Elektronisch gefertigt